

Kulturelles Engagement stärkt Zivilgesellschaft - Netzwerk bürgerschaftlichen Engagements staatsfern aufbauen!

Deutscher Kulturrat fordert Staatsunabhängigkeit im Netzwerk bürgerschaftlichen Engagements

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass nach Ablauf der Internationalen Jahres der Freiwilligen die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure gestärkt werden soll. Bürgerschaftliches Engagement ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Der Austausch unter den verschiedenen Akteuren wird zu einer weiteren Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen.

Der Kulturbereich beruht zu großen Teilen auf Bürgerschaftlichem Engagement. Mehr als 3 Millionen ehrenamtlich Aktive in Kunstvereinen, Museen, Bibliotheken, Musikvereinen, Theatervereinigungen, Literarischen Gesellschaften und Vereinigungen, Stiftungen, in der Kinder- und Jugendkulturarbeit usw. leisten ihren Beitrag zu einem reichhaltigen kulturellen Leben. Alle Formen des Bürgerschaftlichen Engagement von den kurzfristigen Initiativen bis hin zu den Traditionsverbänden sind im Kulturbereich vorhanden.

Der Deutsche Kulturrat fordert, dass dieser Vielfalt im neu gegründeten "Bundesweiten Netzwerk zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagement" Rechnung getragen wird und der Deutsche Kulturrat in den Gremien des Netzwerkes vertreten ist.

Der zivilgesellschaftliche Prozess und die Potenziale Bürgerschaftlichen Engagements können nur gestärkt werden, wenn Macht und Einfluss an die Akteure des Bürgerschaftlichen Engagements abgegeben werden. Deshalb fordert der Deutsche Kulturrat beim Netzwerk eine angemessene Unabhängigkeit vom Staat. Staat und die Akteure des Bürgerschaftlichen Engagement nehmen in der Gesellschaft unterschiedliche Funktionen wahr. Diesen unterschiedlichen Funktionen muss im Aufbau und der Gremienbesetzung eines solchen Netzwerkes deutlich Rechnung getragen werden. Der Deutsche Kulturrat sieht deshalb mit großer Sorge, dass in dem Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement staatliche Verwaltungsebenen bereits in der Gründungsphase überrepräsentiert sind.

Berlin, den 18.06.2002